

N i e d e r s c h r i f t

**der öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des Ausschusses für
Wissenschafts- und Wirtschaftsförderung sowie Beschäftigung am
21.02.2017**

öffentlich

Ort: Stadthaus, Wappensaal,
Marktplatz 2,
06108 Halle (Saale)

Zeit: 17:00 Uhr bis 19:00 Uhr

Anwesenheit: siehe Teilnahmeverzeichnis

Anwesend waren:

Mitglieder:

Denis Häder	Ausschussvorsitzender Fraktion MitBÜRGER für Halle-NEUES FORUM
André Cierpinski	CDU/FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale)
Andreas Hajek	CDU/FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale)
Ulrich Peinhardt	CDU/FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale)
Dr. Ulrike Wünscher	CDU/FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale), Vertreterin für Herrn Bartl
Manuela Hinniger	Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale), Vertreterin für Herrn Meerheim
Renate Krimmling	Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale)
Elisabeth Nagel	Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale), Teilnahme bis 18:33 Uhr
Gottfried Koehn	SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale)
Kay Senius	SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale)
Marko Rupsch	Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen
Steffen Ahrens	Sachkundiger Einwohner
Martin Bauersfeld	Sachkundiger Einwohner
Lothar Dieringer	Sachkundiger Einwohner
Susanne Krohn	Sachkundige Einwohnerin
Nicole Ramin	Sachkundige Einwohnerin
Anton Schumann	Sachkundiger Einwohner
Mark Lange	Sachkundiger Einwohner

Verwaltung:

Dr. Bernd Wiegand	Oberbürgermeister
Uwe Stäglin	Beigeordneter für Stadtentwicklung und Umwelt
Sabine Ernst	Leiterin Büro des Oberbürgermeisters
Martina Wildgrube	Referentin für Ordnung und Sicherheit
Olaf Ungefroren	Leiter Team Gewerbeflächenentwicklung/ Ansiedlungsservice
Kay Gerhardt	Sachbearbeiter Handel
Sarah Lange	stellvertretende Protokollführerin

Gäste:

Ilka Bickmann	Vorstandsvorsitzende science2public – Gesellschaft für Wirtschaftskommunikation e.V.
Tjark Hildebrandt	Leiter des Wasserstraßen- und Schifffahrtsamtes Magdeburg
Jürgen Seilkopf	2. Vorsitzender Hallescher Hanseverein e.V.
Torsten Winkler	Geschäftsführer Hafen Halle GmbH
Dirk Neumann	Geschäftsführer Handwerkskammer Halle (Saale)

Entschuldigt fehlten:

Harald Bartl	CDU/FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale)
Andreas Hajek	CDU/FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale)
Sten Meerheim	Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale)
Mark Lange	Sachkundiger Einwohner

zu 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit

Die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Wissenschafts- und Wirtschaftsförderung sowie Beschäftigung wurde von **Herrn Häder** geleitet.

Er stellte die Ordnungsmäßigkeit der Einladung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

zu 2 Feststellung der Tagesordnung

Herr Häder bat den TOP 7.4 vorzuziehen und teilte mit, dass die Gäste Frau Bickmann, Herr Hildebrandt, Herr Seilkopf, Herr Winkler und Herr Neumann eingeladen wurden. Ihnen wurde in Abstimmung mit den Ausschussmitgliedern das Rederecht erteilt.

Herr Rupsch sagte, dass der Antrag unter TOP 5.1 nicht in die Zuständigkeit des Ausschusses fällt und stellte einen Geschäftsordnungsantrag auf Nichtzuständigkeit.

Frau Ernst warb dafür, den Antrag auf der Tagesordnung zu belassen, mit dem Hintergrund, die wirtschaftlichen Auswirkungen darzustellen.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand sagte, dass es wichtig ist, zu erörtern, welche Konsequenz der Antrag und die damit verbundenen verlängerten Fristen haben können.

Herr Häder bat um Abstimmung des Geschäftsordnungsantrages.

Abstimmungsergebnis: mit Patt abgelehnt

Es gab keine weiteren Anmerkungen, so dass **Herr Häder** um Abstimmung der so geänderten Tagesordnung bat.

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

Somit wurde folgende geänderte Tagesordnung festgestellt:

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit
2. Feststellung der Tagesordnung
3. Genehmigung der Niederschrift vom 24.01.2017
4. Beschlussvorlagen
- 7.4. Wissenschaftsfilmfestival - Aktueller Sachstand

5. Anträge von Fraktionen und Stadträten
 - 5.1. Antrag der Fraktionen DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM zur Regelung der Beteiligung des Stadtrates und seiner Ausschüsse bei der Verkehrs-, Objekt- und Landschaftsplanung
Vorlage: VI/2016/02589
6. schriftliche Anfragen von Fraktionen und Stadträten
 - 6.1. Anfrage des Sachkundigen Einwohners Martin Bauersfeld (MitBÜRGER für Halle) zur Lebensmittelindustrie
Vorlage: VI/2016/02537
7. Mitteilungen
 - 7.1. Schiffbarkeit der Saale nach der Flutkatastrophe 2013 - Aktueller Sachstand
 - 7.2. Handwerkskammer Halle – Mitgliederentwicklung und neue Projekte
 - 7.3. Innenstadtentwicklung - Aktueller Sachstand
 - 7.5. Themenspeicher
8. Beantwortung von mündlichen Anfragen
9. Anregungen

zu 3 Genehmigung der Niederschrift vom 24.01.2017

Es gab keine Anmerkungen zur öffentlichen Niederschrift vom 24.01.2017, so dass **Herr Häder** um Abstimmung bat.

Abstimmungsergebnis: **einstimmig zugestimmt**

zu 4 Beschlussvorlagen

Es lagen keine Beschlussvorlagen vor.

zu 7.4 Wissenschaftsfilmfestival - Aktueller Sachstand

Frau Bickmann informierte über den aktuellen Sachstand zur Durchführung eines Wissenschaftsfilmfestivals des Vereins science2public in Zusammenarbeit mit der Stadt Halle (Saale) und weiteren Partnern.

Das Wissenschaftsfilmfestival befindet sich in der Konzeptentwicklung. Im Jahr 2018 sollen mit dem Festival 4 Tage lang Wissenschaft und Film international zusammengeführt werden, mit dem Ziel, eine breite Öffentlichkeit am Standort zu gewinnen. Zudem will der Veranstalter einen verstärkten Schwerpunkt auf die Jugendarbeit legen, was in Zusammenarbeit mit der Robert-Boch-Stiftung einen großen Bildungsauftrag darstellt.

Weiter informierte **Frau Bickmann**, dass die Stadt Halle (Saale) als Austragungsort ausgewählt wurde und es eine Partnerschaft mit Documentury Campus e.V. geben wird. Im Zuge der Partnerschaft soll ein Antrag bis zum 15.03.2017 bei der Robert-Bosch-Stiftung gestellt werden, der bis Juli bewilligt sein soll. Die Förderung der Robert-Bosch-Stiftung bedeutet eine Bewilligung von 500.000 Euro für insgesamt 3 Jahre.

Herr Senius fragte, warum die Robert-Bosch-Stiftung die Stadt Halle (Saale) als Standort gewählt hat.

Frau Bickmann sagte, dass dies mit den Vorarbeiten des Wissenschaftsfilmfestivals zusammenhängt und mit der Arbeit von science2public, der sich im Zuge der Prüfung der Robert-Bosch-Stiftung am Standort Halle mit einem großen Netzwerk präsentiert hat.

zu 5 Anträge von Fraktionen und Stadträten

zu 5.1 **Antrag der Fraktionen DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM zur Regelung der Beteiligung des Stadtrates und seiner Ausschüsse bei der Verkehrs-, Objekt- und Landschaftsplanung** Vorlage: VI/2016/02589

Herr Stäglich sagte, dass der Antrag bereits im Planungsausschuss diskutiert wurde, mit der Bitte an die Fraktionen, den Antrag mit den Anmerkungen der Stadtverwaltung erneut zu diskutieren und zu reflektieren.

Herr Senius fragte, welche zeitliche Projektverzögerung es geben wird, wenn der Antrag positiv beschlossen wird.

Herr Stäglich antwortete, dass Maßnahmen dadurch mehrere Monate verzögert werden.

Herr Häder merkte an, dass der Antrag nicht dazu führen soll, Verfahren zu verzögern, sondern Diskussionen während einer fortgeschrittenen Maßnahme zu verhindern. Daher wünscht man sich bei Änderungen einer Maßnahme eine frühzeitliche Einbeziehung.

Herr Stäglin sagte, dass sich der Antrag in der Praxis nicht durchführen lässt, denn vorab sei beispielweise eine genauere Definition von „gravierende Änderungen“ vorzunehmen. Er empfahl daher eine erneute Beratung.

Herr Bauersfeld entgegnete, dass ein beschlossener Baubeschluss auch im Rahmen des Beschlusses umgesetzt werden muss, ohne dass es immer wieder zu Änderungen kommt.

Frau Hinniger sagte, dass oft das Gefühl vermittelt wurde, dass man kein Mitspracherecht habe, wenn eine Maßnahme bereits in der Umsetzung war und es zu Änderungen kam, auch wenn diese bautechnisch nicht anders zu lösen waren.

Sie ergänzte, dass sie die Anmerkungen von Herrn Stäglin zur Rückspiegelung in die Fraktion mitnimmt.

Herr Peinhardt teilte mit, dass er dem Antrag nur zustimmen kann, wenn Punkt a und Punkt g aus dem Antrag gestrichen werden.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen und **Herr Häder** bat um Vertagung des Antrages.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand ergänzte, dass bei einer Überarbeitung des Antrages der §11, Absatz 2 der kommunalen Haushaltverordnung zu berücksichtigen ist.

Abstimmungsergebnis: **vertagt**

Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat beschließt:

1. Unter Berücksichtigung der in § 6 der Hauptsatzung der Stadt Halle (Saale) getroffenen Festlegungen zu Wertgrenzen und Zuständigkeiten wird die Beschlussfolge für die Planung und Realisierung von Bauprojekten – Hoch-, Tief- und Gartenbau – wie folgt festgelegt:
 - a) Grundsatzbeschluss
 - b) Gestaltungsbeschluss
 - c) Baubeschluss
 - d) Vergabebeschluss
 - e) Information zum Projektverlauf
 - f) Information zum Projektabschluss
 - g) Beschluss zur nachträglichen Änderung
2. Die Beschluss- und Informationsvorlagen sollen enthalten:
 - a) Grundsatzbeschluss:
allgemeine Projektziele; Begründung des Projektes
 - b) Gestaltungsbeschluss:
ergebnisoffene Voruntersuchungen zu verschiedenen Planungsvarianten;
Stellungnahmen aller beteiligter Verkehrsträger und Interessenvertreter
 - c) Baubeschluss:
detailliert durchplante Variante entsprechend Gestaltungsbeschluss
 - d) Vergabebeschluss:
Aufstellung und Empfehlung entsprechend der Ausschreibung
 - e) Information zum Projektverlauf:
Liste aller Beschlüsse, Informationen und Anfragen zum Projekt; Darstellung des Projektverlaufs; Erfüllung wichtiger Zwischenschritte; Schwierigkeiten bei der

Projektumsetzung; Vergleich von Gestaltungsbeschluss und tatsächlicher Realisierung des Projektes sowie bzgl. geplanter und realisierter Kosten; Aktualisierung der Zeitschiene

- f) Information zum Projektabschluss:
Liste aller Beschlüsse, Informationen und Anfragen zum Projekt; Zusammenfassung zum Projektverlauf; vergleichende Darstellung: Gestaltungsbeschluss und Realisierung des Projektes sowie geplanter und realisierter Kosten und Termine
- g) Beschluss zur nachträglichen Änderung:
Darstellung gravierender Änderungen im Planungs- und Bauverlauf; Begründung der Veränderungen
- 3. § 6 der Hauptsatzung der Stadt Halle (Saale) wird um einen Absatz wie folgt ergänzt:
„Unter Beachtung der festgelegten Wertgrenzen und Zuständigkeiten wird für die Planung und Realisierung von Bauprojekten – Hoch-, Tief- und Gartenbau – folgende Beschlussfolge verbindlich festgelegt:
 - 1. Grundsatzbeschluss
 - 2. Gestaltungsbeschluss
 - 3. Baubeschluss
 - 4. Vergabebeschluss
 - 5. Information zum Projektverlauf
 - 6. Information zum Projektabschluss
 - 7. Beschluss zur nachträglichen Änderung“

zu 6 schriftliche Anfragen von Fraktionen und Stadträten

zu 6.1 Anfrage des Sachkundigen Einwohners Martin Bauersfeld (MitBÜRGER für Halle) zur Lebensmittelindustrie Vorlage: VI/2016/02537

Herr Häder teilte mit, dass die Beantwortung der Anfrage den Ausschussmitgliedern schriftlich vorliegt.

Herr Bauersfeld fragte, was die Wirtschaftsförderung tun kann, um aus dem Potential neue Industrieansiedlungen zu schaffen.

Frau Ernst sagte, dass derzeit innerhalb der Europäischen Metropolregion Mitteldeutschland eine gemeinsame, länderübergreifende Clusterplattform diskutiert wird. Dies sei insbesondere für die Ernährungsnetzwerke in Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen interessant, um gemeinsame Vermarktungsstrategien zu entwickeln.

Sie bot an, fortlaufend über aktuelle Entwicklungen im Ausschuss zu informieren.

zu 7 **Mitteilungen**

zu 7.1 **Schiffbarkeit der Saale nach der Flutkatastrophe 2013 - Aktueller Sachstand**

Herr Hildebrandt berichtete zur Schiffbarkeit der Saale nach dem Hochwasser von 2013.

Die Saale war in einem schlechten Zustand nach 2013, dabei gab es in den Fahrrinnen Sedimentablagerungen von über 15 cm, was die Schiffbarkeit deutlich einschränkte. So gab es zudem Schwierigkeiten an den Schleusenanlagen, besonders bei der Steuerungstechnik, welche unter Wasser standen.

Massive Schäden gab es am Wehr in Calbe, wo das Hochwasser dazu geführt hat, dass sich die Kappe des Wehres verschoben hat. Dazu kamen noch kleinere Schäden wie beispielsweise umgestürzte Zäune oder abgeknickte Ersatzpflanzungen, die wieder hergerichtet werden mussten.

Zum aktuellen Stand informierte **Herr Hildebrandt**, dass der Saale-Bereich zwischen Calbe und Elbe wieder die Ausgangsfahrrinntiefe erreicht hat. Eine Verbesserung der Fahrrinntiefe von 10 cm oberhalb von Calbe konnte erreicht werden. Zudem wurden die Schleusenanlagen wieder in Betrieb genommen.

Für 2017 ist die Wehrsanierung in Calbe geplant, welche 2018 abgeschlossen sein soll. Auch die Fahrrinntiefe oberhalb von Calbe soll weiter verbessert werden. Nach dem Abschluss dieser Maßnahmen sind die Schäden des Hochwassers von 2013 in jenem Abschnitt beseitigt.

Herr Häder fragte, wie der Bereich zwischen Calbe und Halle aussieht.

Herr Hildebrandt antwortete, dass hier noch teils 40 cm Sedimentablagerungen vorhanden sind, welche noch beseitigt werden müssen.

Herr Häder fragte, wie die Aussichten für die Saale als Bundeswasserstraße sind und ob es Aussicht auf eine Verbesserung der Schleusenzeiten gibt.

Herr Hildebrandt sagte, dass die Saale seiner Auffassung nach bis 2030 als Bundeswasserstraße erhalten bleibt.

Herr Seilkopf informierte, dass es zwar feste Schleusenzeiten gibt, man aber über diese Schleusenzeiten hinaus schleusen kann, wenn dies vorab in Magdeburg angemeldet wird.

Herr Hildebrandt ergänzte, dass durch die Automatisierung der Schleusen zeitliche Verzögerungen bei der Störungsbehebung auftreten können. Wenn sich beispielsweise Treibgut zwischen die Schleusentore setzt, kann eine zum Beispiel nach Dienstschluss bemerkte Störung nicht sofort beseitigt werden.

Herr Koehn fragte, in welcher Höhe das Baggergut belastet ist und wo sich die entsprechenden Entsorgungsstellen befinden.

Herr Hildebrandt antwortete, dass ein entsprechendes Entsorgungskonzept noch erarbeitet wird.

Herr Bauersfeld fragte, wer für die wirtschaftlichen Schäden aufkommt, wenn beispielsweise ein Schiff in der Schleuse stecken bleibt und die Passagiere ausgeladen werden müssen.

Herr Hildebrandt antwortete, dass der Reeder dafür aufkommt, dies ist vom Gesetzgeber geregelt.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand fragte, ob ein Transport von Tonnageschiffen aktuell wirtschaftlich ist.

Herr Hildebrandt antwortete, dass ein Unternehmen selbst kalkuliert, ob sich der Transport wirtschaftlich rechnet, dabei kommt es ganz auf die Beladung an.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand bat Herrn Winkler um Erläuterung zu den aktuellen Entwicklungen im Hafen Halle, verbunden mit den Möglichkeiten für Containerschiffe.

Herr Winkler erläuterte zu den Containertransporten, dass diese nicht so einfach durchzuführen sind. Ein Container hat ein Ladegewicht von circa 30 Tonnen, bei einer Ladung von 13 Containern benötigt man mindestens eine Wassertiefe von 1,50 bis 1,60 Meter. Bei einer vollen Beladung sind es derzeit gerade einmal 15 Zentimeter Abstand bis zum Grund. Das wirtschaftliche Risiko sei kaum tragbar, wenn man dann nur mit kleinen Schubleichtern fahren kann.

Er sagte, dass aktuell ein Containertransport geplant und mit den ansässigen Unternehmen über den Transport von Schüttgütern gesprochen wird.

Herr Bauersfeld fragte, ob man zur Realisierung dieser Transporte von einer halben Beladung ausgeht und wies zudem darauf hin, dass der automatische Betrieb der Schleusen in Halle nur bedingt funktioniert.

Herr Hildebrandt antwortete, dass die Beladung vom Transportgefäß abhängt und führte weiter aus, dass die Automatisierung von Schleusen auch Nachteile mit sich bringt.

Herr Bauersfeld regte an zu prüfen, ob die Schleusen in Halle einen Defekt an der Steuerung aufweisen.

Herr Hildebrandt sicherte dies zu.

zu 7.2 Handwerkskammer Halle – Mitgliederentwicklung und neue Projekte

Herr Neumann gab über den aktuellen Stand der Handwerkskammer Auskunft.

Die Handwerkskammer (HWK) verzeichnet aktuell eine gute wirtschaftliche Lage und einen sehr guten Auftragsvorlauf, von durchschnittlich sieben bis neun Wochen.

Problematisch sei der Nachwuchsmangel, welcher mit der rückläufigen Geburtenrate und einem signifikanten Unternehmermangel zusammenhängt. Hinzu kommt eine Abwanderung von Schulabgängern von über 20 Prozent in den neuen Bundesländern.

Im letzten Jahr gingen über 800 Betriebe verloren, so dass dieses Jahr ein Stand von unter 14.000 Betrieben verzeichnet wird. Dazu kommt der Mitarbeiterrückgang von 95.000 auf 70.000 Mitarbeiter, Tendenz weiter fallend. Daher ist man in intensiven Gesprächen mit der Landesregierung, so sollen eine Mastergründungsprämie und eine Praktikumsprämie für junge Menschen geplant werden und dem Trend entgegenwirken. Der Zuzug von Geflüchteten könne den Nachwuchsmangel vorerst nicht abmildern, so **Herr Neumann**.

Die HWK arbeitet sehr eng mit der Agentur für Arbeit zusammen und steht in gemeinsamen Überlegungen, Langzeitarbeitslose anzusprechen, um einen Teil von ihnen für eine handwerkliche Ausbildung oder Beschäftigung zu interessieren. Ebenso führt die Handwerkskammer viele Veranstaltungen mit anderen Organisationen durch, wie den Girls beziehungsweise Boys Day, den Tag der offenen Tür und die Aktion „Hände hoch fürs Handwerk“.

Bei der aktuellen Entwicklung wird der Ein-Mann-Betrieb von 45 Prozent in den kommenden Jahren auf geschätzte 75 Prozent steigen. Ursache sei oft, dass Unternehmen keine Mitarbeiter finden.

Zur Handwerkskammer Halle sagte er, dass diese 1990 als erste Kammer ein Bildungs- und Technologiezentrum in Halle-Osendorf eröffnet hat. Durch den HWK-Vorstand wurde Anfang 2017 wurde entschieden, dass der Standort in der Heinrich-Heine-Straße in Halle sowie die HWK-Standorte in Wittenberg und in Stedten aufgrund der wirtschaftlichen Entwicklung geschlossen werden. Die HWK will sich auf den Hauptstandort Halle-Osendorf konzentrieren.

Herr Häder fragte, ob es bundesgeförderte Projekte gibt, um Auszubildende aus anderen europäischen Ländern zu akquirieren.

Herr Neumann antwortete, dass diese Projekte eingestellt wurden.

Herr Koehn fragte, wie die Handwerkskammer mit den Gewerbetreibenden umgeht, die sich nicht eintragen lassen und Schwarzarbeit betreiben.

Herr Neumann sagte, dass eine Verfolgung eine hohe Priorität hat, in der Praxis allerdings schwer umsetzbar ist. Er verwies auf das Thema der Barbieri, von denen einige illegal Friseurleistungen anbieten.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand ergänzte, dass die Mitarbeiter im Gewerbeamt selten Untersagungsverfügungen erlassen. Dies hängt damit zusammen, dass man sich mit der HWK verständigt, Personen aus der Illegalität herauszuholen und sie zu motivieren und zu qualifizieren, sich in die Handwerksrolle einzutragen.

Er sagte, dass bevor eine Untersagungsverfügung erlassen werden kann, vorher die Handwerkskammer und die Industrie- und Handelskammer anzuhören sind, welche dann in einer gemeinsamen Erklärung mitteilen müssen, dass sie die Voraussetzungen für eine Untersagung als gegeben ansehen.

Frau Hinniger fragte, ob es Überlegungen gibt, gezielt an Hauptschulen und Universitäten für Handwerksberufe zu werben.

Herr Neumann antwortete, dass es gelungen ist, die Berufsorientierung durchzusetzen, welche es auch verpflichtend für die Abiturienten geben wird. Das bedeutet, dass Schüler ein bis zwei Wochen in den Bildungszentren berufsorientierende Angebote nutzen.

Er sagte, dass an den Universitäten auch bereits für handwerkliche Berufe geworben wird. Dafür gebe es eine Mitarbeiterin, die in den Studentenwerken interessierte Studienabbrecher berät.

Frau Ernst fragte, ob es Instrumente auf kommunaler Ebene gibt, um die Ansprache von Unternehmen hinsichtlich Nachwuchsgewinnung zu verbessern bzw. zu modernisieren.

Herr Neumann sagte, dass es eine neue Imagekampagne gibt, die mit 800.000 Euro von der Handwerkskammer unterstützt wird.

Herr Senius regte an, Strategien zu entwickeln, um die Schulabgänger in der Stadt zu halten, um so die Abwanderung zu minimieren.

Herr Schumann fragte, ob es Schätzungen zur Eingliederung von Flüchtlingen im Handwerk gibt.

Herr Neumann sagte, dass es dazu keine Erhebungen gibt. Bei der Eingliederungszeit sei seiner Auffassung nach eine Spanne von 5-10 Jahren erforderlich, abhängig von den sprachlichen Fähigkeiten sowie der schulischen Ausbildung.

zu 7.3 Innenstadtentwicklung - Aktueller Sachstand

Herr Gerhardt informierte anhand einer Präsentation über den aktuellen Sachstand der Innenstadtentwicklung.

Anmerkung: Die Präsentation ist in Session hinterlegt.

Die Information wurde zur Kenntnis genommen.

zu 7.5 Themenspeicher

Es gab keine Anmerkungen zum Themenspeicher.

zu 8 Beantwortung von mündlichen Anfragen

Es gab keine mündlichen Anfragen.

zu 9 Anregungen

Es gab keine Anregungen.

Herr Häder beendete die öffentliche Sitzung und bat um Herstellung der Nichtöffentlichkeit.

Für die Richtigkeit:

Denis Häder
Ausschussvorsitzender

Sarah Lange
stellv. Protokollführerin